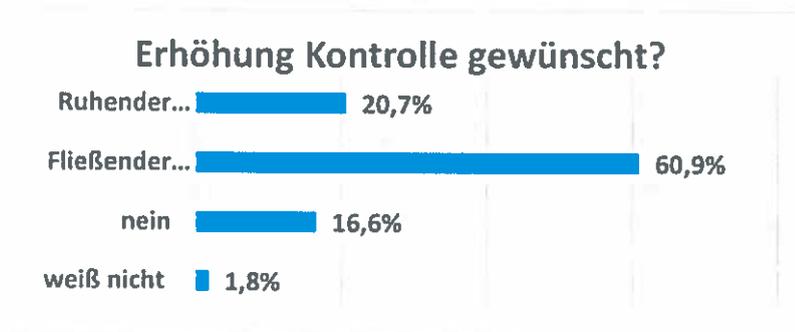
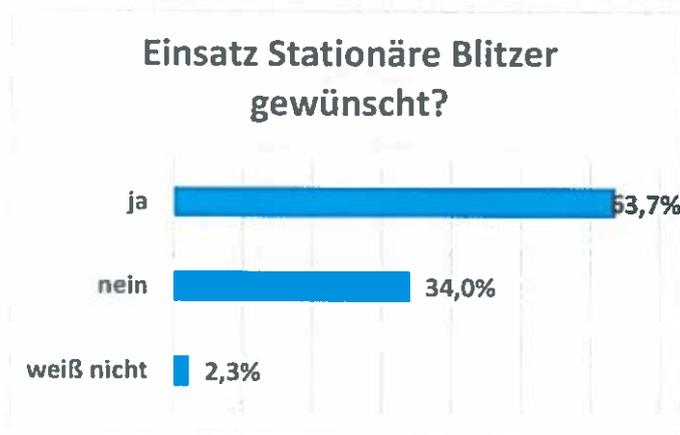


Verkehrsbefragung 2019

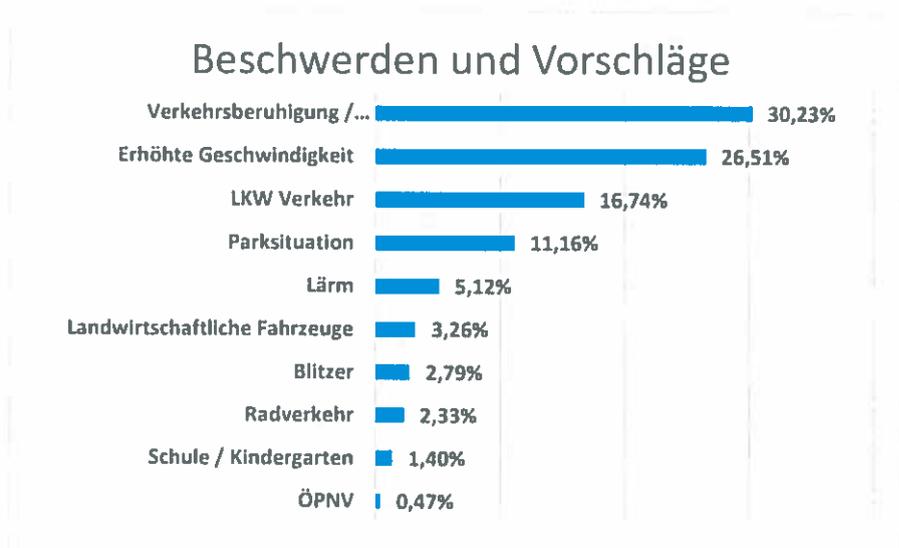
Auswertung der Fragen



Zusammenfassung

Fast Zweidrittel der Befragten sprechen sich für den Einsatz von stationären Geschwindigkeitsmessgeräten aus. Die Erhöhung der Verkehrskontrollen wird von über 80% der Befragten gewünscht. Dabei liegt der Schwerpunkt der gewünschten Erhöhung mit 61% auf dem fließenden Verkehr. Für die verstärkte Kontrolle des ruhenden Verkehrs sprechen sich nur noch 21% der Befragten aus. Bezogen auf die einzelnen Ortsteile wünschen sich die Befragten mit weitem Abstand für Losheim (45%) und Bachem (13%) verstärkte Verkehrskontrollen.

Auswertung der Kommentare



Zusammenfassung

Der Schwerpunkt der Kommentare liegt auf den Beschwerden wegen zu schnellem Fahrens (27%) und der Belästigung durch den LKW-Verkehr (17%) mit zusammen 44% (93). Einen sehr großen Raum nehmen die Vorschläge zur Verkehrsberuhigung ein (30%). Die Beschwerden über falsches Parken bewegen sich mit einem Anteil von 12% eher im unteren Drittel. Die Beschwerden über den Straßenverkehrslärm machen 5% der Kommentare aus. Die explizite Belästigung durch den landwirtschaftlichen Verkehr ist nur bei 3 % der abgegebenen Kommentare (7 insgesamt). Noch weniger Kommentare haben die Forderung nach verstärktem Einsatz von „Blitzern“ zum Gegenstand (2,8%). Vorschläge zur Verbesserung Radverkehrsinfrastruktur ist nur bei 2% (5) der Teilnehmer der Befragung Gegenstand ihrer Kommentare, Schlusslicht bildet der Bereich ÖPNV mit unter 1%. (1)

Die einzelnen Bereiche

Der Schwerpunkt der Kommentare liegt auf den Beschwerden wegen zu schnellem Fahrens (27%).

Der Schwerpunkt der Beschwerden bezieht sich auf die unangepasste Geschwindigkeit in den T-30-Zonen (Gemeindestraßen) (26%). Ein weiterer Schwerpunkt bilden die Klagen über zu schnelles Fahren auf den Durchgangsstraßen (12%) und in dem Bereich der Ortseingänge- und Ortsausgänge der Ortsdurchfahrten (Landesstraßen). Insgesamt 14% der Kommentare beziehen sich pauschal auf unangepasste Geschwindigkeiten in den einzelnen Dörfern und der damit verbundenen Gefährdung der Kinder.

Als Gegenmaßnahmen werden mehr Geschwindigkeitskontrollen gefordert (11%). Explizit werden auch Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der B 268 im Bereich des Stauseeumfeldes gefordert (9%).

Belästigung durch den LKW-Verkehr (17%)

Der Schwerpunkt der Beschwerden über den LKW-Verkehr beziehen sich auf das Nichteinhalten der Durchfahrtverbote insbesondere im Kernort Losheim (25%). Gewünscht werden sich Durchfahrverbote für LKW in Bachem (19%), Britten (6%) und Niederlosheim (6%). 2% der Befragten fordern auch eine Reduktion der Fahrten zur Biogasanlage auf der Wahlener Platte. Als Maßnahmen wird eine bessere Kontrolle der Durchfahrtverbote (14%) vorgeschlagen und allgemein eine Reduktion des LKW-Verkehrs gefordert (6%).

Einen sehr großen Raum nehmen die Vorschläge zur Verkehrsberuhigung ein (30%).

Die Vorschläge beziehen sich zu einem großen Teil auf bauliche Maßnahmen. Das bedeutet, die Befragten wünschen sich Verengungen der Ortseingänge durch Barken, Polder oder Blumenkübel. Weitere Vorschläge sind die Aufpflasterung von Bodenschwellen, Fahrbahnschwellen und Einbuchtungen. Hier wurden verschiedenste Straßen als Beispiele genannt.

Die Tempo-30 Straßen spielen auch eine große Rolle. Zum einen sollten nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger generell mehr Nebenstraßen als 30er Zonen ausgewiesen werden. Auch die Markierung dieser Bereiche durch das Aufmalen der „30“ auf dem Straßenbelag sollte erneuert bzw. generell markiert werden.

Zebrastreifen nahmen auch einen großen Teil der Kommentare ein. Es werden Zebrastreifen gefordert in der Saarlouiser Str., Saarbrücker Str., Niederlosheimer Str., in Hausbach Nähe Bushaltestelle und in der Bahnhofstraße. Auch die Forderung nach einer Spielstraße im Wohngebiet Großjungenwald und der Ausweisung von „Anlieger frei“ Straßen (z.B. im Haag) wurden genannt.

Die Forderung nach mehr Geschwindigkeitsdisplays in den Ortschaften, besonders an Ortseingängen wurde ebenfalls laut. Weiterhin wurden die schlechten Straßenbelege (z.B. Heimelinger Str.) bemängelt und es kam hierzu der Vorschlag, die Straßen mit „Flüsterasphalt“ zu belegen, um den Lärm zu reduzieren.

Tempo 70 außerhalb der Ortschaften war einigen auch ein wichtiges Thema. Besonders im Bereich des Stausees und der Residenz wurde ein durchgängiges Tempo 70 auf der B268 von mehreren der Befragten gefordert.

Die Beschwerden über falsches Parken bewegen sich mit einem Anteil von 12% eher im unteren Drittel.

Von den Kommentaren zum falschen Parken bezog sich der Großteil auf die zugeparkten Gehwege. Hier wurden mehr Kontrollen gefordert bzw. eine bessere Kennzeichnung der Parkflächen. Auch die Behinderung von Rettungswegen und Ausfahrten durch parkende Autos wurde mehrfach genannt. Weitere Parkprobleme waren Einzelnennungen.

Die Beschwerden über den Straßenverkehrslärm machen 5% der Kommentare aus.

Bei der Belästigung durch Verkehrslärm wurden von einigen die Motorräder genannt, besonders auf der B268, ansonsten kamen vereinzelte Stimmen, die sich durch den Lärm der LKWs und durch den durch schlechte Straßenbelege verursachten Lärm gestört fühlen.

Die explizite Belästigung durch den landwirtschaftlichen Verkehr ist nur bei 3 % der abgegebenen Kommentare (7 insgesamt).

Hier ging es um den störenden Lärm der landwirtschaftlichen Fahrzeuge bei der Durchfahrt der Orte zu der Biogasanlage und zur Grünschnittdeponie und Sandgrube.

Noch weniger Kommentare haben die Forderung nach verstärktem Einsatz von „Blitzern“ zum Gegenstand (2,8%). Vorschläge zur Verbesserung Radverkehrsinfrastruktur ist nur bei 2% (5) der Teilnehmer der Befragung Gegenstand ihrer Kommentare, Schlusslicht bildet der Bereich ÖPNV mit unter 1%. (1)

Da die Installation von festen Blitzern bereits in Frage 1 gestellt wurde, kamen am Ende des Fragebogens zu diesem Thema wenige Kommentare.

Diejenigen, die sich hier noch einmal geäußert hatten, schlugen z.B. vor, die mobilen Blitzer öfter an verschiedenen Standorten zu installieren, um ein Bewusstsein für Geschwindigkeit zu wecken.

Fazit

Die Gemeinde wird weiterhin verstärkt Kontrollen des ruhenden Verkehrs (zugeparkte Gehwege) vornehmen und aufgrund von Stundenaufstockungen im personellen Bereich, sind auch mehr Geschwindigkeitskontrollen vorgesehen.

Die Gemeinde beauftragt eine Firma an verschiedenen markanten Stellen detaillierte Verkehrsmessungen vorzunehmen. Diese Ergebnisse sollen dann die Grundlage für die Entscheidung zur Aufstellung stationärer Blitzer sein.

Für die baulichen Veränderungen an Ortseingängen wird eine Genehmigung der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises benötigt. Hier werden wir uns verstärkt beim Landkreis für die Umsetzung einsetzen.

Natürlich sind die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde selbst in der Verantwortung, sich rücksichtsvoll zu verhalten, d.h. keine Gehwege und Ausfahrten zuparken und Geschwindigkeiten zu reduzieren damit ein gemeinsames Miteinander aller Verkehrsteilnehmer gut gelingt.